

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Postauto-Skandal 3
So schädlich ist der CVP-Filz
unter Doris Leuthard



Selbstbestimmung 4
SVP-Ständeräte sprechen Klar-
text für die Selbstbestimmung



Masseneinwanderung 8
Der Preis der Zuwanderung -
Das sind die Kosten



Bestimmt bald die EU in der Schweiz?

Am 13. März hat der Ständerat die Selbstbestimmungsinitiative der SVP mit 36 zu 6 Stimmen abgelehnt und mit 27 zu 15 Stimmen auch auf einen Gegenvorschlag verzichtet hat. Das von etlichen Votanten geäußerte Misstrauen gegenüber dem Souverän stimmt bedenklich. Für die Mehrheit im Ständerat sollen die über 4'000 internationalen Verträge der Schweiz, ungeachtet ihrer jeweiligen inhaltlichen Bedeutung, oberste Rechtsquelle sein – und nicht mehr die bewährten direktdemokratischen Entscheide von Volk und Ständen. Nach Meinung des Ständerates soll also z.B. das Abkommen zwischen der Schweiz und Südafrika über den Austausch von Praktikanten (Stagiaires) über unserer Bundesverfassung stehen.

Geht es nach der Mehrheit der Ständeräte, wird das Schweizer Stimmvolk bald nichts mehr zu sagen haben und die Abstimmungsergebnisse werden wertlos sein.



Die SVP in den Schweizer Medien

Das Wort des Parteipräsidenten



Grosse Kredite gehören vors Volk

Die Schweiz kennt bisher kein Finanzreferendum. Das heisst dort, wo eine gesetzliche Grundlage besteht, entscheiden Bundesrat und Parlament abschliessend über die Ausgaben. Das hinderte die Linke nicht daran, bei den Krediten für die Verteidigung von Land und Leuten vor Gefahren aus der Luft lauthals eine Volksabstimmung zu fordern. Die SVP als Partei, die stets die direkte Demokratie hochhält, wird auf dieses Begehren eintreten. Sie unterstützt den von Bundesrat Guy Parmelin vorbereiteten Planungsbeschluss. Damit soll der Bevölkerung zu ihrem Schutz ein Kredit im Umfang von 8 Mia. Fr. - wozu die Bodenluftabwehr und neue Kampffjets gehören – zum Entscheid vorgelegt werden.

Wenn aber Kredite für solch zentrale Staatsaufgaben, wie die Sicherheit der Bevölkerung, zur Abstimmung kommen, fordern wir das konsequenterweise auch für andere grosse Ausgaben. Die SVP hat deshalb mit einem parlamentarischen Vorstoss die Einführung eines Finanzreferendums gefordert. Bis zu dessen Einführung, wenn es denn mehrheitsfähig ist, dürfte noch einige Zeit verstreichen. Um aber bereits bei den nächsten wichtigen Krediten das Volk mitreden zu lassen, hat Nationalrat Werner Salzmann eine Motion eingereicht, die eine Volksabstimmung zu den Entwicklungshilfekrediten fordert. Ich habe gleichzeitig einen Vorstoss eingereicht, so dass die 1,3 Milliarden Franken, die der Bundesrat den EU Oststaaten versprochen hat, ebenfalls vom Volk entschieden werden können. Die anderen Parteien, insbesondere die linken, werden somit genügend Möglichkeiten haben um zu beweisen, wie ernst es ihr mit der Berücksichtigung des Volkswillens ist.

In Konsequenz dieser Grundhaltung unserer Partei hat auch eine Mehrheit der SVP Fraktion im Nationalrat einem nationalen Volksentscheid über die olympischen Spiele Sion 2026 zugestimmt. Die SVP hat sich damit nicht für oder gegen olympische Winterspiele geäussert. Das wird später bei der Diskussion des konkreten Projekts im Parlament erfolgen. Jene, die jetzt von einem Abschluss dieser Spiele sprechen, liegen also falsch. Sollte auch der Ständerat einen Volksentscheid wollen, braucht es einfach die nötige Überzeugungskraft. Das hilft letztlich auch dem Projekt selbst.

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

Der Bund
Front Bern Ausland Börse Schweiz Wirtschaft Sport Kultur Panorama Reisen Auto Digital Blogs Mehr
SonntagsZeitung // ePaper Leserangebote Leserreisen Leserbriefe Monatsquiz Abonnieren

Generationenwechsel an der SVP-Spitze

Christoph Blocher erwägt, sein Amt in der Partei abzugeben – am liebsten wohl an seine Tochter.

Christoph Blocher, Magdalena Martullo-Blocher: SVP-Parlamentarier sind überzeugt, dass die Tochter in den innersten Machtzirkel drängt.

Bern Viele weist darauf hin, dass Christoph Blocher seiner Tochter Magdalena Martullo-Blocher im März im innersten Führungskreis der SVP Platz macht. Derzeit sitzt der 77-jährige SVP-Übervater noch im achtköpfigen Parteileitungsausschuss. Doch im März stehen in der SVP Neuwahlen an. Blocher lässt auf Nachfrage offen, ob er sich nochmals in den Parteileitungsausschuss wählen lässt. Es komme darauf an, wer sich neu zur Verfügung stelle.

BZ BERNER ZEITUNG
Front Region Sport Schweiz Ausland Börse Wirtschaft Magazin Panorama Auto Blogs Me

SCHÜPFEN

Die SVP feierte ihr 100-jähriges Bestehen

Schüpfen Vor 100 Jahren wurde im Bierhübeli die Berner SVP gegründet. Am Samstag feierte die Partei ihr Jubiläum in Schüpfen – an jenem Ort, wo Parteigründer Rudolf Minger gelebt hatte.

Kavallerie, Reden, Unterhaltung: Am Samstag feierte die Berner SVP ihr 100-jähriges Jubiläum. Video: zdf

«100 Jahre SVP Kanton Bern» – unter diesem Motto wurde am Samstag in Schüpfen gefeiert. Die beiden SVP-Bundesräte Ueli Maurer und Guy Parmelin hielten eine Rede, eine Kavallerie-Bereitermusik spielte auf, eine Steelband sorgte für Stimmung und Satiriker Andreas Thiel für Unterhaltung.

AARGAUER az ZEITUNG
START AARGAU SCHWEIZ AUSLAND WIRTSCHAFT SPORT LEBEN
Jetzt aktuell: Vierfachmord Rapperswil • Lüt usern Aargau • Jastina Doreen Riederer

LUPFIG

Eine neue Strategie zum Jubiläum

von Irene Hung-König — az Aargauer Zeitung • 11.3.2018 um 19:38 Uhr

Gruppenbild der Jubiläumssprecher (von links): Franz Gräter, Claudia Santos, Jörg Graf, Tonja Kaufmann, Thomas Burgherr, Richard Pflüß und Hansjörg Knecht. Fotos: ihk
© Irene Hung-König

Die SVP-Ortspartei feierte im Gasthof Ochsen ihr 100-Jahr-Jubiläum – begleitet von viel Politprominenz

So schädlich ist der CVP-Filz unter Doris Leuthard

Bombardier-Doppelstockzüge, SBB-Pensionskasse, Post, Postauto, Postauto France, Hochseeschifffahrt, SRG – was haben diese „Problemfälle“ gemeinsam? Alle haben einen Bezug zu CVP-Bundesrätin Doris Leuthard!

Die Bürgerinnen und Bürger reiben sich die Augen und fragen sich, nach was für Kriterien Bundesrätin Leuthard ihre Kaderleute auswählt und einstellt. Diese Fragen kann ich nicht beantworten. Was aber auffällt ist, die meisten kommen aus dem CVP-Umfeld.

Unglaublicher CVP-Filz

Bei der Post wurde SP-Mann Ulrich Gygi durch den alt CVP-Ständerat Urs Schwaller ersetzt. War das eine Belohnung für getreue Gefolgschaft?

Bei Postauto France wurde André Burri, CVP-Grossrat aus dem Jura, auf den CEO-Posten gehoben. Bei der Trassenvergabestelle der SBB sitzt plötzlich alt CVP-Nationalrat Urs Hany im Gremium. Bei der LITRA folgte auf den CVP-Ständerat Peter Bieri, der bekanntlich Bundesrätin Leuthard sehr ergebene CVP-Nationalrat Martin Candinas.

Einer der Hauptakteure bei der Hochseeschifffahrt war CVP-Mitglied Michael Eichmann und schliesslich wäre da noch die SRG. Da durfte doch alt CVP-Nationalrat Jean-Michel Cina als Präsident ein einflussreiches Amt annehmen. Das sind nur ein paar Beispiele die andeuten, wie im UVEK unter CVP-Bundesrätin Leuthard in den vergangenen Jahren gewurstelt wurde.

Strahlefrau verblasst

Alles Zufall? Die einst hochgejubelte Doris Leuthard strahlt zum Ende ihrer Bundesratskarriere nicht mehr – im Ge-



Innerhalb der CVP ist Vetternwirtschaft die Regel. CVP-Bundesrätin Doris Leuthard hat ihre Freundinnen und Freunde in der SRG, Post, SBB usw. installiert. Es ist Zeit, diesen Filz abzustellen.

genteil. Macht man eine Momentaufnahme stellt man fest, dass trotz ihrer fortwährenden Versprechen auf absolute Transparenz, die Zeit dafür nicht mehr reicht. Würden die ganzen Pleiten, Pech und Pannen in ihrem Department, die schon fast im Tagesrhythmus hochgespült werden, durch sie als zuständige Bundesrätin geklärt werden, müsste sie noch mindestens vier weitere Jahre nachsitzen.

SBB-Flop kostet gegen eine halbe Milliarde

Nun ist die SVP gefragt! Wir müssen Licht ins Dunkel bringen. Die Bezahlung der Vertragsstrafen durch Bombardier in der Grössenordnung von 300 bis 500 Millionen Franken, für die um mindestens vier Jahre (!) zu spät ausgelieferten Doppelstockzüge, werden wir sehr genau im Auge behalten.

Der fragliche Einschuss von 690 Millionen Franken in die SBB-Pensionskasse wird nicht nur viele Fragen aufwerfen, er wird genaustens geprüft werden müssen.

Wir werden nicht ruhen, bis der Postauto-Subventionsskandal durch kompetente

Leute aus der Justiz und der Wirtschaft untersucht wird (keine externe Revisionsgesellschaft und schon gar nicht durch CVP-Leute). Insbesondere auf Postauto France muss unser Fokus gerichtet sein. Schon heute bin ich sicher, dass das französische Abenteuer unserer Postauto AG so schnell wie möglich beendet werden muss.

Die Hochseeschifffahrt, die uns viele hundert Millionen kosten wird, untersteht der Prüfung der Finanzdelegation. Ich vertraue diesen Leuten. Die Verantwortlichkeiten müssen ans Licht gezerrt werden.

Schwieriges Erbe

CVP-Bundesrätin Doris Leuthard wird uns ein schwieriges Erbe hinterlassen. Der Nachfolger oder die Nachfolgerin ist nicht zu beneiden. Es gibt viel zu tun, packen wir es unerschrocken an.

von Nationalrat
Ulrich Giezendanner
Rothrist (AG)



4 Selbstbestimmungs-Initiative

Voller Einsatz unserer Ständeräte für die Selbstbestimmung der Schweiz

Unsere Ständeräte setzten sich anlässlich der Debatte im Ständerat vom 13. März 2018 mit grossem Einsatz für die Selbstbestimmungs-Initiative ein. (nachzulesen auf: <https://www.parlament.ch/> > Ratsbetrieb > Amtliches Bulletin > Ständerat > Debatten und Videos > Geschäftsnummer "17.046" in der Suchmaschine eingeben)



Ständerat Werner Hösli (GL)

«Bei der Rechtsprechung hat sich die Rechtsinterpretation respektive die Rechtsentwicklung zu stark vom Leben entfernt. Es ist eine technokratische Welt geworden, wo oft nicht mehr die Logik des Alltags, die Werte des sicheren und freien Zusammenlebens und unsere Bundesverfassung im Mittelpunkt stehen, sondern die intellektuelle Abgehobenheit fast schon System hat. Aber das ist, wie gesagt, nicht allzu schlimm, solange wir unsere Rechtsordnung ausser dem zwingenden Völkerrecht selber bestimmen können und nicht zentralistisches Recht internationaler Verbände und Verbände übernehmen müssen.»

«Ein bisschen mehr "Switzerland first" wäre tatsächlich angebracht und würde dem Politverdruss in unserem Land etwas entgegenwirken, was meines Erachtens auch bitter nötig ist. Passen wir auf, dass künftig nicht nur das Völkerrecht über uns bestimmt und unsere Bestimmungen und unsere Meinungen in den Hintergrund gedrängt werden. Fremdgesteuert zu werden, entspricht nicht dem Staatsverständnis von Schweizerinnen und Schweizern mit ihren direktdemokratischen Einwirkungsrechten.»



Ständerat Alex Kuprecht (SZ)



Ständerat Peter Föhn (SZ)

«Der Schweizer wird nicht geboren, um sich zu unterwerfen.»

«Wenn Bürger mit einer Volksinitiative die Verfassung ändern möchten, jedoch bei der Umsetzung der Laune des Parlamentes ausgeliefert sind, weil unter den 5000 völkerrechtlichen Verträgen irgendeiner gefunden wird, der tangiert wird, so sind ihre politischen Rechte verletzt. Genau das ist der Grund, warum man die Selbstbestimmungs-Initiative zur Annahme empfehlen muss.»



Ständerat Thomas Minder (SH)



Ständerat Hannes Germann (SH)

«Der wichtigste Handelspartner der Schweiz ist Deutschland, und natürlich kommt dann im Weiteren die EU, vor den USA. Aber wie sieht es denn in Deutschland, unserem Nachbarn, aus? Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass es Urteile aus Strassburg nicht umsetzen wird, wenn sie dem deutschen Grundgesetz widersprechen. Voilà! Das ist so bei unserem wichtigsten Handelspartner.»

Sollen künftig Richter und internationale Organisationen unsere Gesetze machen?

Die SVP nimmt zur Kenntnis, dass der Ständerat die Selbstbestimmungsinitiative der SVP mit 36 zu 6 Stimmen abgelehnt hat und mit 27 zu 15 Stimmen auch auf einen Gegenvorschlag verzichtet hat. Das von etlichen Votanten geäußerte Misstrauen gegenüber dem Souverän stimmt bedenklich. Für die Mehrheit im Ständerat sollen die über 4'000 internationalen Verträge der Schweiz, ungeachtet ihrer jeweiligen inhaltlichen Bedeutung, oberste Rechtsquelle sein – und nicht mehr die bewährten direktdemokratischen Entscheide von Volk und Ständen. Nach Meinung des Ständerates soll also z.B. das Abkommen zwischen der Schweiz und Südafrika über den Austausch von Praktikanten (Stagiaires) über unserer Bundesverfassung stehen. Ein Kommentar dazu erübrigt sich.

Der Entscheid der Kleinen Kammer richtet sich gegen die direkte Demokratie und zeigt damit auf, wie wichtig diese Volksinitiative für den Souverän – die Schweizer Stimmbürger also – wirklich ist. Die Tendenz, internationale Verträge immer systematischer über das nationale Recht zu stellen, ist beunruhigend und weltweit einzigartig. Dadurch, dass unsere eigenen, demokratisch geschaffenen Gesetze zunehmend an zweite Stelle gesetzt werden, findet eine Entmachtung des Stimmvolkes statt. Zum Gesetzgeber der Schweiz sollen Richterghremien und internationale Organisationen wie die UNO oder die EU werden. Die bewährte Tradition, dass Volk und Stände selbst bestimmen, in was für einer Schweiz mit welchen Gesetzen und Regeln wir leben wollen, will der Ständerat aufgeben.

Die Selbstbestimmungsinitiative korrigiert diese Fehlentwicklungen. Sie stellt sicher, dass die Bundesverfassung wieder die oberste Rechtsquelle der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist. Nur so können die demokratischen Rechte des Souveräns gewahrt und die sprachlichen und kulturellen Minderheiten in unserem Land geschützt werden.

Es ist bedenklich, wie verschiedene

Ständeräte anlässlich der Beratung behaupteten, es gebe keine Normenkonflikte zwischen internationalen Bestimmungen und nationalem Recht. Wer gleichzeitig „Flexibi-

lität“ und „Freiheit“ bei der Auslegung und im Umgang mit internationalen Rechtssätzen fordert, vergisst, dass von dieser Flexibilität einzig Regierung, Verwaltung und Gerichte profitieren, während Volk und Stände in ihren Rechten eingeschränkt werden.

Es ist dringend an der Zeit, der Überheblichkeit gewisser Vertreter von Regierung, Verwaltung und Gerichten entgegenzutreten. Die Selbstbestimmungsinitiative schafft Stabilität und Rechtssicherheit – und genau dies ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz und damit unseren Wohlstand von zentraler Bedeutung.

In unserem Land bestimmen wir!



JA zur Selbstbestimmungs-Initiative!

Und damit NEIN zu fremden Richtern!

6 Telefon-Mobilisierung bei der SVP des Kantons Bern

SVP ganz Ohr

Erste Erfahrungen vom Projekt Telefon-Mobilisierung für die Wahlen im Kanton Bern vom 25. März 2018.



Petra Wyss

Wahlkreis Seeland

"Bei den Gesprächen mit der gesamten Bevölkerung war ich auf alles gefasst. Um so positiver hat es mich überrascht, wie freundlich die meisten angerufenen Personen reagiert haben. Es war auch spannend zu hören, was die Leute beschäftigt oder aus welchen Gründen sie ihr Wahlrecht nicht ausüben. Auf jeden Fall eine bereichernde Erfahrung für alle, die sich für Menschen interessieren."



Roland Jakob

Wahlkreis Bern

"Als Wahlleiter und Kandidat für die Grossratswahlen im Wahlkreis Stadt Bern durfte ich die Telefonaktion begleiten und einen neuen kommunikativen Weg beschreiten. Der Kontakt und der Austausch mit der Bevölkerung können so noch stärker stattfinden. Aus meiner Sicht ist die Telefonaktion ein voller Erfolg. Die Aktion zeigt neue Wege und Perspektiven auf, die wir als politisch engagierte und interessierte Menschen zum Wohle unserer Partei und dem Erhalt einer unabhängigen Schweiz nutzen sollten."



Marlies Gerteis

Wahlkreis Mittelland-Nord

"Als Mitglied des Wahlausschusses und als Grossratskandidatin war für mich klar, dass ich mich vor der Telefonaktion nicht drücken konnte und wollte. Eine gut organisierte Betreuung der Aktion, interessante Gespräche und die Gewissheit, dass doch ein paar Kontakte motiviert werden konnten, nun doch wählen zu gehen, haben die anfängliche Skepsis zu einer positiven Schlussbilanz umgewandelt."



Alfred Bärtschi

Wahlkreis Emmental

"Viele Menschen waren merklich erstaunt, als sie insbesondere von einem amtierenden National- oder Grossrat angerufen wurden. Sie merkten dadurch, dass sie uns wichtig sind. Bei der SVP Parteibasis habe ich mich zudem für ihr grosses und ehrenhaftes Engagement als Mitglieder der Partei bedankt, was äusserst positiv aufgenommen wurde."



Nils Fiechter

Wahlkreis Oberland

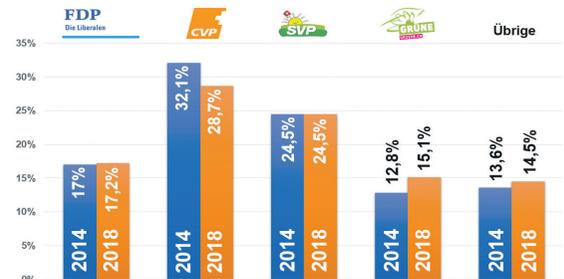
"Als junger, technikaffiner Mensch bin ich grundsätzlich skeptisch, was Werbeanrufe anbelangt. Lästige Anrufe von Krankenkassen und anderen Organisationen haben es bei mir definitiv nicht einfach. Beim Projekt der SVP im Hinblick auf die kommenden Wahlen war die Rückmeldung aus der Bevölkerung allerdings grossmehrheitlich sehr positiv. Das hat mich angenehm überrascht. Bei der nächsten Telefonaktion werde ich auf jeden Fall wieder aktiv mitmachen!"

Es ist eine Frage der Mobilisierung. Jede Stimme zählt!

Am 4. März 2018 fanden im Kanton Nidwalden, Obwalden, Fribourg, Glarus kantonale Wahlen und im Kanton Zürich in vier Städten Parlamentswahlen sowie einige Gemeinderatswahlen statt. Die Ergebnisse sind mehr als ernüchternd, insbesondere in den Städten, wo die SVP überall zwischen 4% und 7% an Parteistärke einbüsst und die SP und die Grünen entsprechend zulegen.



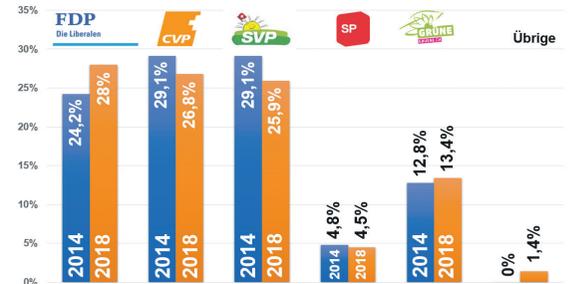
Im Kanton Obwalden konnte die SVP die Parteistärke halten und die Sitze im kantonalen Parlament von 13 auf 15 erhöhen, während die FDP 2 Sitze verliert. Auch gehört die SP zu den Gewinnerinnen der Wahl. Die CVP gehört mit 3.4% Verlusten bei den Wähleranteilen hingegen zu den klaren Verlierern. Die SVP konnte dank einer klaren bürgernahen Politik mit gewonnen Referenden, wie z.B. gegen die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer, punkten.



Im Kanton Obwalden gewann die SVP zwei Sitze im Kantonsparlament



Im Kanton Nidwalden ist die SVP neu mit 25.9% (-3.2%) nur noch drittstärkste Kraft. Die CVP verliert ebenfalls -2.3% und die SP -0.3%, während die FDP 3.8% dazugewinnt. Interne Querelen, zu wenig starke Fokussierung auf die Kernthemen, ungenügende Innovation und das ein wenig fehlende „feu sacré“ der letzten Jahre haben Spuren hinterlassen. Freude herrscht jedoch bei der SVP über die erneute Doppelvertretung im Regierungsrat mit Res Schmid, Emmetten (bisher) und Michèle Blöchli, Hergiswil (neu).



Im Kanton Nidwalden kommt die SVP auf Platz 3 der Kantonalparteien



Im Kanton Glarus konnte die SVP bei den Regierungsratswahlen ihren Sitz mit Regierungsrätin Marianne Lienhard, Elm halten. Auch bei den Gemeinderatswahlen der 3 Grossgemeinden im Kanton konnte sie die Sitze verteidigen.



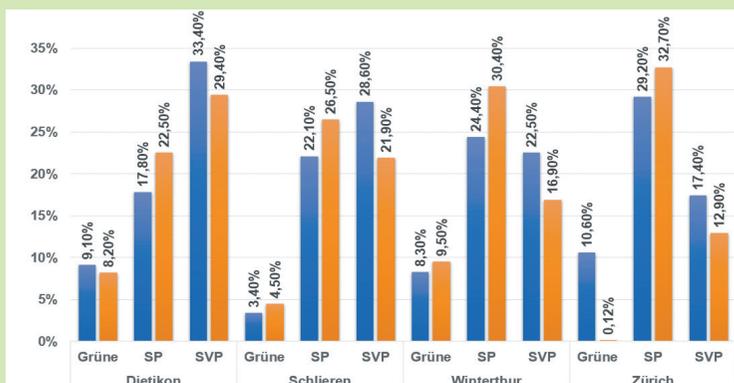
Im Kanton Fribourg schafft die SVP den Einzug in die Regierung bei den Ersatzwahlen um den frei gewordenen, bisher grünen Staatsrats-sitz leider erneut nicht.

Parlamentswahlen vier Städte Kanton Zürich

In vier Städten gab es am 4. März Parlamentswahlen. Die SVP verliert überall bis zu 7% an Parteistärke. Diese herben

Verluste sind nicht nur mit einem Linkstrend in den Städten zu erklären. Es fehlte offensichtlich auch an der über Jahre

vor den Wahlen, sondern kontinuierlich aufzudecken und anzuprangern. Dem Aufbau guter und starker Parteistrukturen mit einer gesunden Mitgliederbasis ist grosses Augenmerk zu schenken. Aber auch der sorgfältigen Suche und Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten gehört zu den Prioritäten unserer Volkspartei. Die gewählten Kantons- und Nationalräte müssen sich ebenfalls sichtbar einsetzen. Ganz Ohr und ansprechbar zu sein gehört dazu. Am 15. und 22. April finden weitere Gemeinde- und Stadtratswahlen statt – jetzt gilt es für uns alle, bei der Mobilisierung mitzuhelfen!



In vier Zürcher Städten verlor die SVP an Einfluss (-7%).

hinweg konsequenten und bürgernahen Politik. «Denke an die Bürger, dann denken Sie bei den Wahlen an Dich». So ist beispielsweise die Vetterliwirtschaft der Linken bei der Vergabe von Sozialwohnungen an ihre Klientel nicht nur

55'000 Einwanderer bedeuten



**+24 000
Wohnungen**

53%



47%



**Alles Arbeitskräfte?
*Falsch!***

53% der Einwanderer kommen nicht zum Zwecke der Erwerbstätigkeit. Nur 47% aller Einwanderer arbeiten. Mehr als die Hälfte der Immigranten kommen also gar nicht in die Schweiz, um hier zu arbeiten.

en jährlich



+15%
**der Leistung des
Kernkraftwerks
Mühleberg**

und noch so viele pro Jahr...

- +120 Ärzte allein im ambulanten Bereich
- +2 Krankenhäuser oder 250 Krankbetten
- +1000 Spitalangestellte
- +28 Zahnärzte
- +200 Schulklassen und 380 Lehrer
- +45 Schulhäuser und 36 Kindergärten
- +42 Busse



**+30 000
Personalwagen**

www.begrenzungsinitiative.ch
JETZT INITIATIVE UNTERSCHREIBEN
MITMACHEN
UND UNTERSCHRIFTEN SAMMELN

Keine Steuergelder für eine illegale Asylpolitik

Wenn ein Asylbewerber ein Asylgesuch stellt, wird er während der Bearbeitung seines Dossiers vom Bund betreut. Wird das Gesuch abgelehnt, berechtigt das Gesetz die Kantone, den Gesuchsteller abzuweisen und zurück zu schicken. Im Kanton Waadt wendet die Kantonsregierung das Gesetz nicht konsequent an. So werden Millionen von Steuergeld illegal umgeleitet.

Im Kanton Waadt hat die Kantonsregierung - mit linker Mehrheit - die Abweisung und Rückführung unechter Asylanten mit abgelehntem Gesuch verweigert, obwohl der Anwendung des Gesetzes keine objektiven Hindernisse entgegenstehen würden. Der Waadtländer Staatsrat, der von sozialistischen politischen Dogmen geleitet wird, handelt daher illegal. Die Kantonsregierung beweist den Steuerzahlenden so ihre ideologischen Häresien.

Es muss auch im Kanton Waadt bezüglich abgelehnter unechter Asylanten wieder das Gesetz - und zwar das ganze Gesetz - angewendet werden.

Millionen Franken werden noch verloren gehen

Diese Politik hat dazu geführt, dass dem Kanton Waadt für bereits 121 abgewiesene Asylbewerber keine Bundeszuschüsse mehr zugesprochen wurden. Diese abgewiesenen Personen müssen rückgeführt werden. Weigert sich der Kanton Waadt, muss er fortan selber für diese Personen aufkommen. Der Bund bezahlt nichts mehr. So die Regelung.

Die Migrationsbehörde, welche SP-Bundesrätin Sommaruga berichtet, gab bekannt, dass die Höhe der Subventionen, die der Kanton Waadt aufgrund der Nichtanwendung von Bundesrecht für die genannten 121 Fälle bereits verloren habe, sich bereits auf eine Million Franken belaufe.

Die Waadtländer Regierung tut nichts. Die Anzahl Fälle wächst. Es sind Millionen von Franken, die in den nächs-



Im Kanton Waadt halten sich hunderte von illegalen Asylanten mit abgelehnten Aufnahmegesuchen auf. Das kostet viel Geld. Um die Rechnung von mehreren Millionen Franken zu begleichen, greift der Waadtländer Regierungsrat den Steuerzahlern kräftig in die Tasche.

ten Jahren vom Waadtland zur Finanzierung einer gesetzwidrigen Politik abgezweigt werden.

Selbstzufriedenheit in der Illegalität

Ich gab nicht auf und bohrte bei der Finanzkontrolle des Kantons Waadt nach, deren Aufgabe es ist, die ordnungsgemässe Verwendung öffentlicher Mittel zu überwachen, um diese Praxis für rechtswidrig zu erklären. Meine Anfrage wurde kommentarlos abgelehnt.

Das Geld von ehrlichen Steuerzah-

lenden wird nicht nur illegal verwendet, der Vorgang wird sogar noch totgeschwiegen. Eigentlich überrascht das nicht. Gehört es nicht zum Sozialismus, dass Projekte mit dem Geld anderer finanziert werden?

von Nationalrat
Michaël Buffat
Vuarrens (VD)



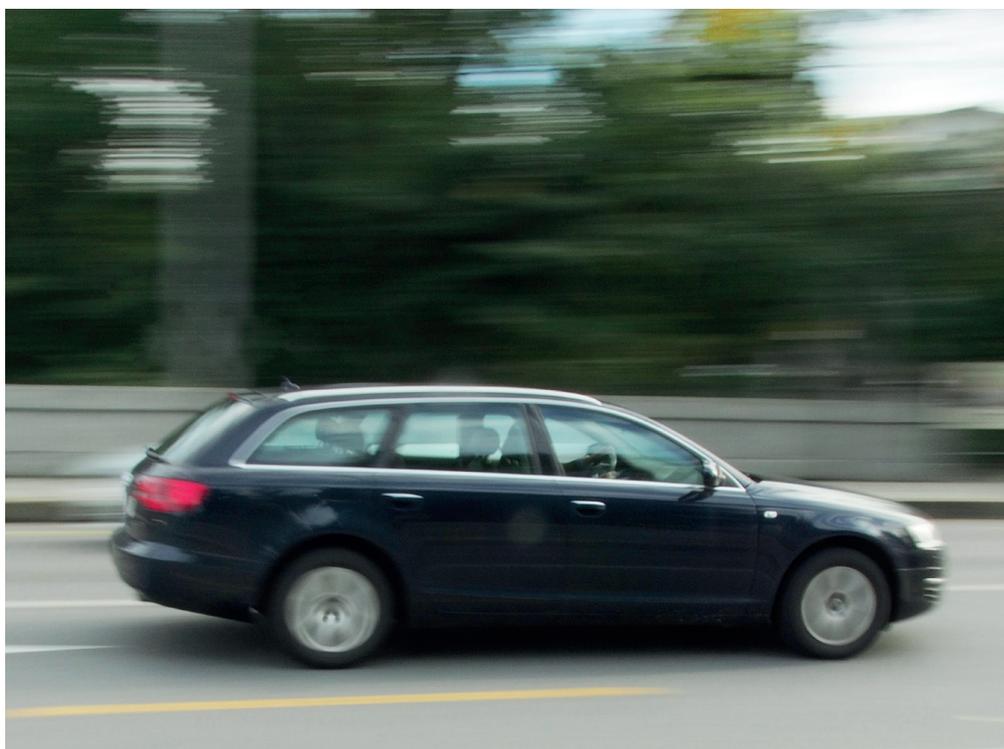
Bürokratischer Schlendrian bei der Umsetzung von «Alter 75»

Wir erinnern uns: Mit grossem Pomp fuhr Bundespräsidentin Doris Leuthard am 21. November 2017 per Zug von Bern nach Zürich, um daselbst im Hauptbahnhof den 1. Schweizer Digitaltag einzuweihen. Sie pries in hohen Tönen, wie mittels digitaler Technologie die Arbeitsprozesse beschleunigt werden können. Gut so! Aber warum nicht auch bei sich selber, in der Staatsbürokratie? An geeigneten Objekten fehlt es ihr im Verkehrsdepartement ja beileibe nicht!

Als einfaches Beispiel diene der in Bund und Kantonen zu bewältigende Aufwand für die Heraufsetzung der Altersgrenze für die vertrauensärztliche Kontrolluntersuchung der Autofahrer von 70 auf 75 Jahre. Es ist dies ein Thema, das derzeit vielen Senioren unter den Nägeln brennt, vor allem natürlich den Direktbetroffenen. Wie lange sollen und müssen sie noch Zeit und Geld aufwenden für eine Arztvisite, die in 98 % aller Fälle als völlig unnötig erachtet wird, selbst vom Dachverband der Hausärzte.

Ein Jahr für einfache Änderung

Am 29. September 2017 hatten die eidg. Räte die Gesetzesänderung definitiv abgesehen. Und dies nach nur 2 Jahren Beratung in beiden Kammern, trotz grossem Widerstand, insbesondere seitens der kantonalen Strassenverkehrsämter. Am 18. Januar 2018, ist die Referendumsfrist unbenutzt abgelaufen. Nun liegt der Ball bei Bundesrat und UVEK-Vorsteherin Leuthard, nämlich die Inkraftsetzung. In der Wintersession erklärte sie dazu in der NR-Fragestunde amtlich: „Die Inkraftsetzung ist für Ende 2018/Anfang 2019 vorgesehen. Solange die heutige gesetzliche Regelung in Kraft ist, sind die ärztlichen Kontrolluntersuchungen ab



Nationalrat Maximilian Reimann (SVP/AG) hat mit seinem Vorstoss offene Türen eingerannt. Dank der Hartnäckigkeit der SVP im Nationalrat und im Ständerat sowie der Überzeugungskraft der votanten, müssen Senioren-Autofahrer künftig erst ab 75 Jahren regelmässig zum medizinischen Check.

dem 70. Altersjahr unverändert durchzuführen.“

Bocken die Strassenverkehrsämter?

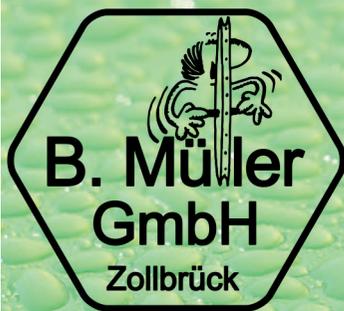
Das ist natürlich ein Affront gegenüber den betroffenen Alterskategorien. Während Deutsche, Franzosen, Österreicher oder Holländer bis ins hohe Alter ohne jegliche Medizinalkontrolle weiterhin auf Schweizer Strassen fahren dürfen, müssen Schweizerinnen und Schweizer, obwohl vom Parlament neu geregelt, noch ein weiteres Jahr ab 70 zum Doktor. Verkehrsministerin Leuthard begründete das mit den Umsetzungsarbeiten auf Bundes- und Kantonsebene. Vor allem die Anpassung der Informationssysteme auf den kantonalen Strassenverkehrsämtern, wo das Aufgebot zur Untersuchung ausgelöst wird, sei sehr zeitaufwändig. Ich bin viel mehr der Meinung, es sei eine Allianz aus kan-

tonalen Verkehrsdirektoren samt ihrer Strassenverkehrsämter, die seinerzeit mit allen Mitteln Alter 75 bekämpft hatten, die noch letzten Widerstand leisten. Welcher Bürokrat gibt schon gerne bürokratische Herrschaft ab?

Der Frau Leuthard hingegen empfehle ich, zusammen mit Wirtschafts- und Bildungsminister Schneider-Amman mal einen „Digitaltag gegen zu viel Bürokratie“ aufzugleisen. Applaus seitens der Senioren wäre ihr gewiss! Aber wahrscheinlich hört sie lieber den Amtschimmel wiehern...

von Nationalrat
Maximilian Reimann
Gipf-Oberfrick (AG)





Frühlings - Hits

Raleigh Newgate
Motor: Impuls Evo 36V/250W
Akku: 14.5 Ah / 522 Wh
Farbe: schwarz matt
8 G Shimano Nexus
Preis: Fr. 2399.00



Focus Thron
Motor: Impuls Evo RS 36V/250W
Akku: 17 Ah / 612Wh
Farbe: grau/rot
10 G Shimano Deore XT
Preis: Fr. 2799.00



Raleigh Ashford
Motor: Impuls Evo 36V/250W
Akku: 14.5 Ah / 522 Wh
Farbe: schwarz matt
10 G Shimano Deore
Preis: Fr. 2399.00



Raleigh Newgate
Motor: Impuls Evo 36V/250W
Akku: 14.5 Ah / 522 Wh
Farbe: schwarz matt
8 G Shimano Nexus
Preis: Fr. 2399.00



Alle Preise inkl. MwSt.

Testfahrten nach Voranmeldung jederzeit möglich

2 Jahre Garantie auf Motor und Akku / Versand nach Absprache

Diese Aktion ist begrenzt bis Ende Mai - oder solange Vorrat !

weitere Infos siehe unter: www.mueller-zweirad.ch

B. Müller GmbH

Langnaustrasse 8

3436 Zollbrück

034 496 77 35

info@mueller-zweirad.ch

GOAL GLOSSAR

Rhetorik

Reden ist keine Kunst! So zu reden, dass man verstanden wird, aber schon! Dazu muss man wissen, was man sagen will und wie man es sagen muss. Wir helfen Ihnen mit praxisnahen Rhetorikkursen und Übungen vor der Kamera!

Rhetorik

<griech.> rhētorikē (die Redekunst)

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

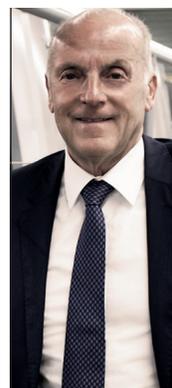
AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT 2018

Mehr als 60'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie per E-Mail an klartext@svp.ch

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com



dietschi
PRINT&DESIGN.OLTEN

MARKUS REZZONICO

SVP-Delegierter Kanton Solothurn
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61

markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG

Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000
| Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Patrice Piquerez | Bildquellen: Schweizer Parlament, Wikipedia, Wikimedia Commons, SVP Schweiz

Taten statt Worte sind gefragt



Die Monopolstellung der SRG verunmöglicht die Entstehung neuer Medien und damit neuer Wege der Informationsvermittlung. Nur Medienpluralität ermöglicht die Vielfalt von Informationen und Meinungen im öffentlichen Raum.

Wie erwartet, wurde die No-Billag-Initiative von Volk und Ständen verworfen. Aber dieser Initiative ist es zu verdanken, dass wir in der Schweiz endlich eine breite Diskussion über Medienpolitik geführt haben. Die Gegner haben viel versprochen und von fast allen Seiten wurde erheblicher Reformbedarf in Bezug auf die Mediengesetzgebung erkannt.

Nun braucht es Taten statt Worte: Gemäss CVP-Präsident Gerhard Pfister braucht es nun „eine Debatte über den Service public, die Grösse und die inhaltliche Ausrichtung der SRG“. (TA, 25.1.2018).

Sein Parteikollege, Ständerat Beat Vonlanthen, lancierte in der Sonntagszeitung noch am Tag der Abstimmung Vorstösse, wonach er u.a. ein Werbeverbot für die SRG-Sender ab 19.30 Uhr vorsieht und die SRG auffordert

aus der Werbeallianz Admeira auszutreten.

Jürg Grossen, Präsident der Grünliberalen Partei, spricht sich in der gleichen Zeitung für Sparen durch eine „Senkung der Gebühren aus“; es sollen „mindestens 100 Millionen“ sein.

Unterstützung erhält er von FDP-Präsidentin Petra Gössi. Deren Partei will zudem nun auch die Unternehmen von der Radio- und Fernsehgebühr befreien. Die BDP wird in der Sonntagszeitung noch deutlicher und fordert eine Einsparung bei der SRG von „200 Millionen Franken bis in vier Jahren“.

Unterstützung? Besser spät als nie!

War die SVP im Parlament bisher alleine auf weiter Flur im Einsatz für eine liberalere Medienpolitik, scheinen wir nun Unterstützung zu erhalten. Es ist zwar schade, dass die anderen Parteien den Reformbedarf erst jetzt erkannt haben. Ansonsten wäre ein massvoller

Gegenvorschlag nämlich schon bei der Abstimmung möglich gewesen. Aber besser spät als nie!

In den zuständigen Parlamentskommissionen wird die Medienpolitik in den nächsten Monaten intensiv diskutiert. Die SVP stellt folgende Forderungen auf:

1. Die **Radio- und Fernsehverordnung** sowie die geplante SRG-Konzession ab 1.1.2019 sind zu **sistieren**.
2. Auf weitere Arbeiten für ein neues **Mediengesetz** ist zu **verzichten**.
3. Die **Haushaltabgabe** ist auf **300 Franken zu senken** (Pa. Iv Rickli).
4. Die **Unternehmen** sind von der Mediensteuer zu **entlasten** (Pa.Iv. Rutz)

von Nationalrätin
Natalie Rickli
Winterthur (ZH)





Die SVP fühlt sich dem bilateralen Weg verpflichtet. Das bedeutet, dass die Schweiz und die EU als Partner gleichermaßen behandelt werden. Leider hat sich der Ton in Brüssel verändert und es wird nun erwartet, dass sich die Schweiz den EU-Richtern unterwirft. Das kommt für die SVP nicht in Frage.

Schweiz einrahmen heisst: Direkte Demokratie ausrahmen!

Die Selbstbestimmung, der Föderalismus und die weltweit einmaligen Volksrechte sind die Basis für unseren Wohlstand und unsere Sicherheit. Ohne eine bürgernahe Politik gibt es weder Unabhängigkeit noch Freiheit. „Vom Volk für das Volk“, so werden die Gesetze bis heute gemacht. Nun will der Bundesrat davon weg. Und zwar subito, bis Ende Jahr! Das Mittel dazu ist der Rahmenvertrag mit dynamisch-automatischer Übernahme von EU-Recht.

von Nationalrat Roland Rino Büchel (SG)

Die Selbstbestimmung, der Föderalismus und die weltweit einmaligen Volksrechte sind die Basis für unseren Wohlstand und unsere Sicherheit. Ohne eine bürgernahe Politik gibt es weder Unabhängigkeit noch Freiheit. „Vom Volk für das Volk“, so werden die Gesetze bis heute gemacht. Nun will der Bundesrat davon weg. Und zwar subito, bis Ende Jahr! Das Mittel dazu ist der Rahmenvertrag mit dynamisch-automatischer Übernahme von EU-Recht. Die direkte Demokratie hat unsere Re-

gierenden bisher von grossherrischem Tun abgehalten. Sie stellt sicher, dass die gewählten Volksvertreter sich am Wohl und an den Interessen der Menschen orientieren. Wenn die Bürger wegen des „Freundschaftsvertrags“ ihren Stimmzettel quasi in Brüssel abgeben, dann werden unsere Politiker von der EU abhängig. Das heisst: Sie sind nicht mehr dem Schweizer Volk verpflichtet, sondern den Brüsseler Bürokraten. Wenn ich sehe, wie aktiv die Mitteparteien diesen Putsch gegen die Volksrechte unterstützen,

dann bin ich wütend und erstaunt. Bei den Linksparteien wundert es mich nicht.

Die Freiheit der Wirtschaft und der Menschen sind mit der politischen Unabhängigkeit der Schweiz eng verwoben. Darum gedeiht das Unternehmertum. Darum geht es uns gut. Die allermeisten Schweizerinnen und Schweizer wollen frei bleiben. Eine politische oder institutionelle Bindung und Annäherung an die EU kommt für sie nicht in Frage. 81 von 100 Personen wollen keinen EU-Beitritt. Das hat die ETH sorgfältig ermittelt. Doch die hyperaktiven EU-Einrahmer lassen sich davon nicht beeindrucken.

Für ein paar eigennützig-politiker und karriereorientierte Diplomaten macht es vielleicht Sinn, die Schweiz in einen EU-Rahmen zu zwingen.

Wir anderen müssen wachsam sein, dass wir uns der EU nicht unterwer-

« Die Freiheit der Wirtschaft und der Menschen sind mit der politischen Unabhängigkeit der Schweiz eng verwoben. »

fen und deren Gesetze und unsinnigen Verbote übernehmen. Es ist grundfalsch, dass der Bundesrat an einem Rahmen mitbastelt, der genau das will. Für Aussenminister Cassis muss fertig sein mit Klötzli-Pädagogie und ähnlichem Firlefanz! Kurzum: Es ist Zeit für unsere Landesregierung, sich geschlossen hinter die folgenden For-

derungen zu stellen, die so vom Parlament mit Annahme der SVP-Motion 13.4117 beschlossen wurden:

- Der EU ist unmissverständlich klar zu machen, dass die Schweiz weder auf direktem noch auf indirektem Weg in die EU will.
- Die Schweiz schliesst nur Verträge ab, welche ihre Souveränität nicht einschränken.
- Unser Land ist nicht Mitglied des europäischen Binnenmarktes und will es auch künftig nicht sein. Doch: Sowohl die Schweiz als auch die EU haben Interesse an einem gegenseitigen Marktzugang.

Ausserdem ist das Rahmenabkommen zwingend dem obligatorischen Refe-

rendum zu unterstellen, so wie damals das Freihandelsabkommen von 1972 und das EWR-Abkommen von 1992.

Die vereinten Rahmenvertragspropagandisten (Wirtschaftsfunktionäre und Politiker) müssen endlich ehrlich handeln und kommunizieren. Was hätte es für Folgen, wenn sie mit ihrer Mogelpackung durchkommen sollten? Es wäre das Totenglöcklein für grosse Teile unserer direktdemokratischen Volksrechte.

von Nationalrat
Roland Buchel
Oberriet (SG)



Die Appenzeller Landsgemeinde findet traditionell jeden letzten Sonntag im April auf dem Appenzeller Landsgemeindeplatz statt. Sie symbolisiert die direkte Demokratie, die zum Erfolg der Schweiz geführt hat. Freie Bürger entscheiden, was für ihr Land gut und richtig ist. Angesichts der Erpressung der EU müssen wir unseren Werten treu bleiben.

GANZ SCHÖN SICHER.



DER NEUE OUTBACK 4x4 AB FR. 38'550.-.

Sicherheit ohne Aufpreis

Symmetrical 4x4
Boxermotor
EyeSight Fahrerassistenz-System
Advanced Safety Package
Lineartronic

Sicherer, komfortabler, geräumiger, leistungsfähiger, sparsamer, günstiger denn je. Der neue Outback 4x4. Mit SI-Drive, X-Mode und Seitensichtkamera im Aussenspiegel. Mit u. a. Navi und elektrischem Glasschiebedach (Modelle Swiss Plus und Luxury). Mit u. a. Lederinterieur und Premium-Audioanlage mit 12 Harman/Kardon-Lautsprechern (Modell Luxury).

TESTFAHRER GESUCHT! Bis 30. April 2018: New Outback 4x4 Probe fahren und ein Wellness-Weekend für 2 gewinnen (inkl. Outback-Benützung, auch für Hin- und Rückfahrt).

subaru.ch SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00. Subaru-Vertreter: rund 200. multilease.ch. Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 7,7% MWSt. Preisänderungen vorbehalten. Abgebildetes Modell: Outback 2.5i AWD Luxury, Lineartronic, 5-türig, 175 PS, Energieeffizienz-Kategorie G, CO₂ 166 g/km [38 g/km*], Verbrauch gesamt 7,3 l/100 km, Fr. 42'650.- (inkl. Metallic-Farbe). Outback 2.5i AWD Swiss, Lineartronic, 5-türig, 175 PS, Energieeffizienz-Kategorie G, CO₂ 166 g/km [38 g/km*], Verbrauch gesamt 7,3 l/100 km, Fr. 38'550.- (Farbe Crimson Red Pearl). Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): CO₂ 133 g/km. *CO₂-Emissionen aus der Treibstoff- und/oder Strombereitstellung.



SUBARU

Confidence in Motion